

Kantonsrat

Anfrage Bucher Mario und Mit. über die Neuorganisation im Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD)

eröffnet am 07.09.2026

Der Regierungsrat informierte am 24. August 2026 über eine weitreichende Neuorganisation innerhalb der kantonalen Verwaltung. Per 1. Januar 2028 sollen das Staatsarchiv dem Bildungs- und Kulturdepartement und das Handelsregister dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement zugeordnet werden.

Gleichzeitig soll die heutige Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug aufgeteilt werden. Neu sollen daraus die beiden eigenständigen Dienststellen Justizvollzug und Bevölkerungsschutz entstehen. Der kantonale Führungsstab soll organisatorisch der neuen Dienststelle Bevölkerungsschutz zugeordnet werden. Gemäss der Medienmitteilung sollen diese Änderungen keine Mehrkosten verursachen und die betroffenen Mitarbeitenden als Ganzes übernommen werden.

Die SVP-Fraktion ist über dieses Vorgehen erstaunt. Es handelt sich nicht bloss um untergeordnete Anpassungen eines Organigramms, sondern um erhebliche organisatorische Veränderungen. Bestehende Dienststellen werden aufgeteilt, neue Dienststellen geschaffen, Aufgaben zwischen Departementen verschoben und Führungsstrukturen verändert.

Damit entsteht der Eindruck, dass umfassende organisatorische Veränderungen innerhalb der kantonalen Verwaltung zunehmend allein vom Regierungsrat beschlossen und dem Parlament lediglich noch mitgeteilt werden.

Der Regierungsrat verfügt zweifellos über organisatorische Kompetenzen. Dennoch stellt sich die Frage, ab welchem Umfang solche Veränderungen eine politische, finanzielle und strategische Bedeutung erreichen, welche eine vorgängige Information oder einen angemessenen Einbezug des Kantonsrates erfordert. Dies gilt besonders dann, wenn neue Dienststellen geschaffen, Zuständigkeiten neu verteilt und möglicherweise mittel- und langfristige finanzielle oder personelle Folgen ausgelöst werden.

Die Kommunikation vom 24. August 2026 enthält nur allgemeine Begründungen. Eine nachvollziehbare Darstellung des Handlungsbedarfs, der geprüften Varianten, der finanziellen Auswirkungen und des konkreten Nutzens fehlt.

Wir bitten den Regierungsrat deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Aus welchen konkreten organisatorischen, fachlichen und politischen Gründen hat der Regierungsrat diese Neuorganisation beschlossen?
2. Warum wurden die Kommissionen des Kantonsrates nicht vorgängig in die Entscheidungsfindung einbezogen?
3. Welche konkreten Probleme oder Mängel der heutigen Organisation sollen mit den beschlossenen Veränderungen behoben werden?

4. Welche Varianten wurden geprüft, und weshalb entschied sich der Regierungsrat für die nun kommunizierte Lösung?
5. Welche Auswirkungen hat die Aufteilung der Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug auf die Zusammenarbeit, die Führungsverantwortung und die Schnittstellen zwischen Justizvollzug, Bevölkerungsschutz, Militär und kantonalem Führungsstab?
6. Welche Budgetpositionen, in welcher Grössenordnung, werden im Globalbudget des JSD ab dem Jahr 2028 betroffen sein? Entlastung JSD – Belastung andere Departemente.
7. Wie entwickeln sich die Anzahl Vollzeitstellen, die Führungsstellen und die Lohnkosten in den betroffenen Verwaltungseinheiten vor und nach der Neuorganisation?
8. Welche weiteren Verschiebungen von Aufgaben, Abteilungen oder Dienststellen zwischen den Departementen sind gegenwärtig geplant oder werden geprüft?
9. Wie wird sichergestellt, dass alle Regierungsräteinnen und Regierungsräte gleichmässig ausgelastet sind?

Bucher Mario

Müller Guido, Lang Barbara, Wicki Martin, Lötscher Hugo, Waldis Martin, Hodel Thomas Alois, Lingg Marcel, Meyer-Huwyler Sandra, Ursprung Jasmin, Schnydrig Monika, Gerber Fritz, Wandler Andy, Arnold Robi, Ineichen Benno, Gfeller Thomas, Küng Roland, Schumacher Urs Christian, Vogel Marlen, Dahinden Stephan, Stadelmann Fabian, Steiner Bernhard